

Ist die Kur schlimmer als die Krankheit?

Nun schalten sich die Ökonomen in den Kampf gegen das Coronavirus ein. Sie warnen vor Massenarbeitslosigkeit, Konkurswellen und gigantischen Kosten, sofern sich der Stillstand lange hinzieht. Wirtschaftliche Interessen werden gegen Menschenleben aufgewogen. **Von Daniel Meier und Markus Städeli**

Wieder eine Woche vorbei, wieder vier Milliarden verloren. Während kurz nach dem Lockdown noch der Schock wirkte, beginnt nun eine neue Phase. Jetzt wird gerechnet. Ökonomen treten gegen Epidemiologen an. Sie warnen vor den Folgen des Stillstands und liefern Zahlen wie diese: Vier Milliarden Franken – so viel geht der Volkswirtschaft pro Woche verloren. Bis heute, am Ende der zweiten Woche, reden wir also von acht Milliarden.

Würde man auch noch eine Ausgangssperre verhängen und alle Betriebe schliessen, wären es gemäss der Denkfabrik Avenir Suisse sogar über sieben Milliarden pro Woche. Damit wäre das Bruttoinlandprodukt halbiert. Die Debatte läuft in vielen Ländern an. Jacob Wallenberg, schwedischer Industrieller und ABB-Verwaltungsrat, warnte dieser Tage vor einer Arbeitslosigkeit von 30 Prozent, falls die Wirtschaft abgewürgt werde: «Es wird soziale Unruhen geben, es wird Gewalt geben.» Experten sehen zudem gesellschaftliche Folgen auf uns zukommen: einen Anstieg der häuslichen Gewalt, von Suiziden und Depressionen.

Auch wenn es zunächst darum ging, einen Notstand in den Spitälern abzuwenden, muss man sich den Fragen stellen: Ist der Preis, den wir im Kampf gegen das Virus bezahlen, womöglich zu hoch? Ist die Kur teurer als die Krankheit selbst? Oder grundsätzlich: Wie viel darf ein Menschenleben überhaupt kosten?

Diese Frage ist nicht für alle unergründlich. GesundheitsökonomInnen beantworten sie so sachlich wie nur möglich – in Geldbeträgen. Sie sitzen dort, wo Gesundheit und Wirtschaft zusammenkommen, und rütteln mit nüchternen Kosten-Nutzen-Überlegungen an Tabus. Ihr Ziel: mit den beschränkten Mitteln im Gesundheitswesen den grössten Wert für die Allgemeinheit herausheben. Deshalb versuchen sie, einem Leben einen Preis zu geben.

In der Schweiz gibt es keinen offiziellen Wert. Aber das Bundesgericht hat 2010 in einem Urteil zu sehr teuren Medikamenten festgelegt, ein Betrag bis 100 000 Franken pro gerettetes Lebensjahr sei angemessen.

Stefan Felder, Professor für Gesundheitsökonomie an der Universität Basel, erwartet, dass in der Schweiz bis zu 50 000 Menschen an den Folgen des Coronavirus sterben könnten. Weil davon auszugehen sei, dass jeder von ihnen im Schnitt noch drei Jahre gelebt hätte, liessen sich mit einer perfekten Epidemiekontrolle 150 000 Lebensjahre retten, rechnet Felder vor. Diesem maximalen Nutzen könne man die Kosten entgegenstellen, mit denen derzeit gerechnet werde: «Dann kommt man schnell auf Kosten pro gewonnenes Lebensjahr von einer halben Million Franken und mehr: eine Grössenordnung höher, als was wir sonst für Gesundheit auszugeben bereit sind.»

Diese kühle Kalkulation muss man erst einmal verdauen. Felder geht noch weiter. «Nun werden sehr viele Todesfälle auf das Konto des Coronavirus gebucht. Doch die Menschen,



FOTOS: KURT SCHORRER / FOTO-NET, CLAUDIO FURLAN / AP

die daran sterben, hätten noch eine Lebenserwartung von wenigen Jahren gehabt. Sie wären vielleicht der nächsten Grippe- oder Hitzewelle zum Opfer gefallen.» Während man überall die Solidarität beschwört, weist Felder ganz sachlich darauf hin, dass in der Schweiz jedes Jahr 67 000 Menschen sterben.

Alles dem Ziel unterzuordnen, möglichst viele Todesfälle durch das Virus zu vermeiden, hat ein schlechtes Kosten-Nutzen-Verhältnis – das also ist die reine Lehre der Gesundheitsökonomie. Doch was fängt man damit an? Wie senkt man die Kosten pro Leben?

Bei der Debatte über den wirtschaftlichen Schaden wird gerne so getan, als könne man das richtige Verhältnis an einem Drehregler einstellen. Etwa so: Alle Pizzerias dürfen öffnen, dafür nehmen wir 100 zusätzliche Tote in Kauf. Doch so funktioniert das nicht, es gibt keine feine Abstufung. Bisher konnten wir nur wählen zwischen den Optionen: Kollaps der Spitäler, ja oder nein? Und: öffentliches Leben, ja oder nein?

Als die Welle anrollte, blieb dafür keine Zeit, aber nun könnte man die Debatte führen: Darf es zu Rationierungen in Spitälern kommen?

Die Idee, man hätte die Dinge einfach laufen lassen sollen, um so die Wirtschaft zu schonen, zerschellt an der politischen und gesellschaftlichen Realität in einer akuten Krise. Sterbende, die nur notdürftig im Spitalgang versorgt werden – solche Bilder darf es nicht geben. Betroffenen wären dann auch Patienten ohne Corona. Also bestreitet kaum jemand, dass ein Kollaps der Krankenhäuser verhindert werden muss – fast um jeden Preis. Der Rückhalt für den Lockdown ist trotz gigantischen Kosten breit.

Derzeit treiben Wirtschaftsvertreter zwei Dinge um. Zunächst die Angst vor einer Ausgangssperre und der vollständigen Stilllegung der Wirtschaft. Davon ist man nämlich weit entfernt. Viele denken an das harte Los für die Wirtin oder den Floristen, die ihren Betrieb einstellen mussten. Aber weite Teile von Industrie, Gewerbe, Bau und Dienstleistungsbranchen arbeiten – von der Schreinerei bis zur Anwaltskanzlei. Die Krippen sind offen. Aus epidemiologischer Sicht mag das schlecht sein, es sind Zugeständnisse an die Wirtschaft.

Und zweitens: Wann kann der Wirtschaftsmotor wieder hochgefahren werden? Dass der Stillstand nicht über Monate, bis Impfungen oder Medikamente verfügbar sind, anhalten kann, dürfte auch den strengsten Seuchenbekämpfern klar sein. Da das aktuelle Regime bis am 19. April gilt, stehen noch mindestens drei Wochen bevor. In den nächsten Tagen rechnet

Oben: Die Swiss hat einen Teil der Flotte auf einem Militärflugplatz abgestellt – ein Symbol für den Stillstand der Wirtschaft. (Dübendorf, 21. März 2020)

Unten: Särge stehen im Krematorium zur Einäscherung bereit – sie zeigen den Schrecken in Norditalien. (Piacenza, 23. März 2020)

man mit der grossen Welle, die Spitäler werden an ihre Grenzen stossen. Falls man das halbwegs heil übersteht und die Fallzahlen sinken, wird der Druck auf die Regierung steigen; die Einschränkungen sollen aufgehoben werden. Vorauseilend beteuerte Daniel Koch vom Bundesamt für Gesundheit diese Woche: «Wir werden alles daransetzen, dass wir die Massnahmen wieder abbauen, sobald es die Situation nur einigermassen erlaubt.»

Beit die Frage, wie die Einschränkungen gelockert werden sollen. Irgendwann muss man das Risiko eingehen, die Schulen zu öffnen, die Läden, die Restaurants. Zugleich wird man viele Corona-Tests machen, um zu erkennen, ob die Zahl der Ansteckungen erneut in die Höhe schiesst.

Einige Ökonomen und Unternehmer haben jetzt eigene Vorschläge gegen den Lockdown vorgelegt. Manche davon sind ethisch hochproblematisch. Alle zielen darauf ab, dass die Berufstätigen bald an die Arbeit zurückkehren können, etwa indem man die Bevölkerung einer harten Durchsuchung aussetzt. Andere wollen zunächst die unter 40-Jährigen, später die unter 65-Jährigen zur Normalität zurückkehren lassen. Der Wirtschaft würde das helfen, doch dazu müsste der Staat die besonders gefährdeten Alten lange unter Hausarrest stellen und zudem bewusst in Kauf nehmen, dass eine unbekannte Zahl von Jungen stirbt.

Als die Welle anrollte und das Schlimmste verhindert werden musste, blieb keine Zeit, aber nun könnte man die Debatte führen: Welches Risiko will man eingehen? Welche Belastungen sind zumutbar? Darf es in Spitälern zu einer Rationierung kommen? Im stark betroffenen Elsass gilt neu angeblich der Grundsatz, dass über 80-jährige Corona-Patienten nicht mehr beatmet werden. Sie erhalten Sterbegleitung und Opiate. Davon scheint die Schweiz weit entfernt, doch auch hier hat die Gesellschaft für Intensivmedizin letzte Woche festgelegt, nach welchen Kriterien eine Triage ablaufen soll, wenn die Mittel knapp werden.

«Grosse Teile der Wirtschaft lahmzulegen, ist zwar extrem teuer», sagt Mark Pletscher, Leiter des Instituts für Gesundheitsökonomie und Gesundheitspolitik der Berner Fachhochschule. Aber damit habe man dem Gesundheitswesen etwas Zeit verschafft. Nun werde man sehen, wie die Massnahmen wirken. Auf dieser Grundlage könne die Politik in ein paar Wochen entscheiden, wie viele Tausend Ansteckungen pro Tag die Schweiz in Kauf nehmen wolle, sagt Pletscher. «Ich finde es gut, dass sich jetzt die ganze Gesellschaft der Frage stellen muss, wie viel Leben kosten darf.»

Dieses Denken sei in der Medizin bereits recht verbreitet. Mit jedem Entscheid beeinflusse ein Arzt die Gesamtressourcen. «Lässt er einem Individuum zu viele Ressourcen zukommen, vernichtet er womöglich Lebensjahre anderer Menschen», sagt Pletscher. Das Ziel müsse sein, die Lebensjahre und Lebensqualität aller Einwohner zu maximieren. In dieser Krise ist das leichter gesagt als getan.